

제 8 차 <한·독주니어포럼> 정책건의서

2019. 09. 18.~22. 베를린

Politikempfehlungen des VIII. Deutsch-Koreanischen Juniorforums

18.-22. September 2019, Berlin

Vom 18. bis zum 22. September 2019 haben sich 50 Studierende, Auszubildende und Berufstätige aus Deutschland und Korea im Rahmen des achten Deutsch-Koreanischen Juniorforums an der Freien Universität Berlin und im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages getroffen. Dort haben sie sich mit den Themen 1) Digitalisierung und künstliche Intelligenz, 2) Energiepolitik und Klimakrise, 3) Frieden und Wohlstand auf der koreanischen Halbinsel, 4) politische Erinnerung und Vergangenheitsbewältigung und 5) soziale Chancengleichheit auseinandergesetzt. Als Ergebnis der Diskussionen wurden folgende Politikempfehlungen erarbeitet.

2019년 9월 18일부터 22일까지 한국과 독일에서 온 50 명의 대학생, 직업훈련생 그리고 직장인들이 제 8 차 <한·독주니어포럼>의 일환으로 베를린 자유대학교와 독일 연방의회의 파울뢰베하우스에서 모였다. 우리는 1) 디지털화와 인공지능, 2) 에너지정책과 기후위기, 3) 한반도의 평화와 번영, 4) 과거사 기억과 정리, 5) 사회적 기회균등 등에 대한 토론을 진행했으며, 그 결과물로 다음과 같은 정책제안서를 도출했다.

1. Digitalisierung und künstliche Intelligenz

Während die vierte industrielle Revolution eine Reihe positiver Effekte mit sich bringt, erwachsen aus ihr auch eine Reihe von Problemen. Wir konnten dabei drei Schwerpunkte herausstellen, die für beide Länder von Relevanz sind: Das fehlende Verständnis für oder die Angst vor der digitalen Transformation, die

daraus resultierende Chancenungleichheit und mögliche Menschenrechtsverletzungen.

In Deutschland könnten durch in der Schule verpflichtende Fächer mit IT-Bezug und frei zugängliche digitale Bildungsprogramme wie zum Beispiel „Lifelong Learning“ sowie die Förderung von MINT-Fächern und interdisziplinären Fächerkombinationen wie Technologie-Ethik Qualifikationslücken geschlossen und Ungleichgewichte, etwa zwischen Jung und Alt oder Land- und Stadtbevölkerung, beseitigt werden. Auch politische Maßnahmen, insbesondere der Aufbau einer digitalen Infrastruktur und ein flächendeckender Breitbandausbau, um den gleichen Zugang zu Technologie überall sicherzustellen, sind dringend notwendig. Um dem hohen Stellenwert der Datensicherheit in Deutschland gerecht zu werden, bedarf es transparenter und anwendungsbezogener Regelungen, um die Entscheidungsfreiheit und Kontrolle datenschutzrechtlich sicherzustellen.

Prozesse von Technologieentwicklung sind eng verbunden mit Fragen der Würde des Menschen und dem Recht nach Glück zu streben. Vor diesem Hintergrund sollte Südkorea sollte im Umgang mit Technologie einen menschengerechten Ansatz verfolgen, um die Gefahr von menschlicher Entfremdung zu verhindern. Um sozioökonomische Ungleichheiten zu lösen, sollten Zugangshürden zum Technologiebereich möglichst gesenkt werden, sodass auch sozial Schwache davon profitieren können, wozu ein Minimalstandard eingeführt werden muss. Darüber hinaus sollten Maßnahmen umgesetzt werden, die helfen, die Unterschiede im Technologieverständnis zu schließen. Da bei Technologieentwicklung die Gefahr besteht, dass das Selbstbestimmungsrecht und das Kontrollrecht über persönliche Daten eingeschränkt werden, ist es nötig, dieser mittels Modifikationen und Reformen der bestehenden Institutionen vorzubeugen.

1. 디지털화와 인공지능

디지털화와 인공지능의 발달은 4 차 산업혁명의 도래를 촉진시켰다. 우리는 4 차 산업혁명 시대에 양국이 직면한 공통 문제인 1)디지털 기술혁신에 대한 이해 부족 및 두려움, 2)디지털 격차로 인한 불균형 발생, 3)기술발전에 따른 인권침해에 대한 도전 등에 주목한다.

독일 정부에게 다음과 같이 제안한다. IT 관련 의무수업, 평생교육 등 학제간의 수업을 통해 세대와 지역 간의 격차 해소와 불균형을 완화할 수 있다. 이를 위해 디지털구조와 포괄적인 고속데이터 통신망을 구축하는 것은 필요하다. 나아가, 정보유출 방지를 위한 개인정보 보호 규정을 강화해야 한다.

또한, 한국 정부에 다음의 내용을 제안한다. 첫째, 기술의 발전은 인간의 존엄성 및 행복추구권과 밀접하게 연결된다. 따라서 기술의 발전이 인간 소외 현상을 야기하지 않도록 인도주의적 접근과 기술의 융합을 도모해야 한다. 둘째, 사회경제적 측면의 불균형을 해소하기 위한 방법으로서 사회적 약자에게 혜택이 분배될 수 있도록 기술분야의 진입 장벽을 낮추고, 이를 위한 최소한의 기준 마련이 필요하다. 나아가, 기술에 대한 이해도 격차를 줄이기 위한 정책적 방안을 마련해야 한다. 셋째, 기술발전은 개인 정보에 대한 자기결정권 및 통제권을 약화시켜 인권침해 현상을 야기할 소지가 있으므로 이를 예방하기 위해 제도 정비 및 개편이 필요하다.

2. Energiepolitik und Klimakrise

Korea und Deutschland können durch eine strategische Klimapartnerschaft internationale Vorreiterrollen im Kampf gegen den Klimawandel einnehmen. Um den Ausstoß von klimaschädlichen Stoffen in der Industrie zu reduzieren, sollte in Korea und in Deutschland eine umfassende CO2 Steuer eingeführt werden, deren Erträge in die weitere Erforschung von erneuerbaren Energien investiert werden. Darüber hinaus sollte die koreanische Regierung ihre Anstrengungen intensivieren, um das Ziel von 35% erneuerbarer Energie am koreanischen Stromverbrauch zu erreichen. Dazu müssen neue Wege in der Nutzung

alternativer Energie eingeschlagen werden. Korea könnte hier von den Erfahrungen Deutschlands mit erneuerbaren Energien profitieren.

Der Atomausstieg in Deutschland und Korea in den aktuell festgelegten Zeiträumen ist grundsätzlich zu begrüßen, da Atomenergie eine wichtige Brückentechnologie darstellt. Der weitere Ausstiegsprozess sollte gefestigt werden, indem von den Regierungen Deutschlands und Koreas ein gemeinsamer Raum für den Austausch von Ideen und Innovation geschaffen wird.

Aus bestehenden Konzepten zur Abfallreduktion kann gelernt werden, beispielsweise könnte Korea ein Pfand-System am Vorbild Deutschlands entwickeln. Darüber hinaus sollte gemeinsam an weiteren Möglichkeiten zur Abfallvermeidung geforscht werden. Zu diesem Zweck sollten sowohl staatliche als auch wissenschaftliche Kommunikationskanäle zwischen Deutschland und Korea etabliert werden, über die Erfahrungen ausgetauscht werden können.

2. 에너지정책과 기후위기

한국과 독일은 기후관련 문제에 대한 협력을 통해 기후 변화에 공동대응하여 국제적으로 모범적인 역할을 할 수 있다. 산업분야에서 기후에 유해물질 배출을 감소시키기위해 탄소배출에 대한 엄격한 세금을 부과해야 하며, 이에 대한 수익은 신재생 에너지에 대한 지속적인 연구에 투자되어야 할 것이다. 더 나아가 35%의 신재생 에너지 생산에 대한 목표를 달성하기 위해서 한국 정부는 더욱 노력해야한다. 신재생 에너지를 생산하기 위한 더 많은 투자가 필요하며, 한국은 신재생 에너지와 관련된 독일의 사례를 참고할 수 있다.

원자력 에너지는 신재생 에너지 정책으로 향해 나아가는 과정에서 가교역할을 할 수 있는 기술이라는 점에서, 독일과 한국의 현재 탈원전 정책은 원칙적으로 적합하다고 본다. 향후 탈원전 정책은 독일 정부와 한국 정부가 아이디어와 혁신을 상호 교환함으로써 더욱 견고한 정책으로 발전할 것이다.

또한 한국은 폐기물감소를 위한 독일의 현재 구상에서 배울 수 있다. 예를 들어 독일의 Pfand 정책은 한국에게 있어 하나의 모범적 사례가 될 수 있다. 그 외에도 양국은

폐기물 최소화 정책을 위한 연구 협력을 지속해야 할 것이다. 이를 위해서 양국 한독 정부는 양국의 경험에 대한 국가 차원에서의 소통의 기회를 보장하기 위해 노력해야 한다.

3. Frieden und Wohlstand auf der koreanischen Halbinsel

Trotz kürzlich unternommener Anstrengungen der südkoreanischen Regierung im Annäherungsprozess zwischen Nord- und Südkorea, die wir begrüßen, ist die Situation auf der koreanischen Halbinsel anhaltend instabil.

Die nicht vollzogene Denuklearisierung in Nordkorea destabilisiert die ostasiatische Region und stellt eine Gefahr für den globalen Frieden dar. Als problematisch beobachten wir hierbei die inkonsistente Nordkoreapolitik nicht nur in Südkorea, sondern auch in der internationalen Gemeinschaft.

Für die Schaffung einer Friedensordnung auf der koreanischen Halbinsel sind die Denuklearisierung und vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen offener Dialoge mit Nordkorea seitens der südkoreanischen Regierung anderer involvierter Staaten zentrale Säulen.

Die südkoreanische Regierung sollte hierbei die Bemühungen ihrer Nordkoreapolitik der letzten Jahre fortsetzen und offen sein, der bestehenden wirtschaftlichen Sanktionen im Falle einer Einleitung entsprechender Schritte zur Denuklearisierung seitens Nordkorea anzupassen. Dabei muss eine schnellstmögliche Bereitstellung humanitärer Hilfe im Katastrophenfall uneingeschränkt gewährleistet sein.

Die politischen Akteure Südkoreas sollten eine überparteiliche Einigung anstreben, um eine konsistente Nordkoreapolitik sicherzustellen. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene befürworten wir eine stärkere Unterstützung und kontinuierliche Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen an der Teilhabe am Annäherungsprozess auf der koreanischen Halbinsel. Hierbei erachten wir die Ausweitung kultureller, medizinischer, ökologischer und

landwirtschaftlicher Kooperationen sowie den Ausbau schulischer und akademischer Austauschprogramme als zielführend.

Eine weitere Herausforderung für den Frieden in der Region sehen wir in den erstarkten gegenseitigen Ressentiments der ostasiatischen Länder. Um diesen entgegenzuwirken und eine Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zu schaffen, befürworten wir eine gemeinsame Aufarbeitung historischer Dispute, die ebenso einen positiven Einfluss auf die innerkoreanische Beziehung mit sich bringt.

Wir appellieren an die deutsche Bundesregierung, dass Deutschland und darüber hinaus die Europäische Union engagierter als Vermittler in den innerkoreanischen und ostasiatischen Konflikten auftreten.

3. 한반도의 평화와 번영

현재 남북 화해 분위기속에서도 여전히 한반도에 완벽한 평화가 정착 되지 않고 있다. 우리의 문제의식은 북한의 비핵화에 대한 미진한 태도가 한반도 평화 및 동아시아 지역 안정에 위협을 가하는 것이다.

한반도 평화 정착을 위해 한국은 정부적 차원과 비정부적 차원에서 북한의 비핵화 촉진과 신뢰구축을 위해 노력하여야 한다. 정부적 차원에서는 현재 진행되고 있는 경제 제재는 북한의 비핵화조치에 상응하여 완화가능성을 열어둔다. 한국 정부를 더불어 국제사회에서의 대북정책에 대한 일관된 방향설정을 제안한다. 또한 비정부적 차원의 교류 협력을 강화하여야 한다. 독일의 사례를 참고하여 문화, 의료, 환경, 농업분야에서의 협력과 학생교류 및 학문적 교류 프로그램 또한 활성화해야 한다.

한반도 평화에 대한 또 다른 도전은 동아시아지역 국가 간의 서로에 대한 갈등이다. 이같은 부정적 감정을 해소하고 신뢰에 기초한 협력을 이끌어내기 위해 남북 갈등에 긍정적 효과를 기대할 수 있는 역사에 대한 공동 재평가 작업을 권장한다.

독일 정부의 한반도 평화 정착 및 동아시아 지역 질서 안정을 위해 긍정적인 역할 수행을 기대한다.

4. Politische Erinnerung und Vergangenheitsbewältigung

Wir stellen fest, dass das Interesse, die Geschichte von Diktaturen zu erinnern, immer mehr abnimmt und dass im kollektiven Geschichtsnarrativ bestimmte Gruppen ausgelassen werden.

Für uns ist wichtig, zu begreifen, dass wir nicht nur die Pflicht haben, zu erinnern, sondern auch das Recht zu erinnern sowie erinnert zu werden. Folglich wollen wir junge Menschen ermuntern, stets von ihrem Recht gebraucht zu machen, ihre eigene Wahrheitsfindung durchzuführen, zum Beispiel indem man den aktiven Austausch mit der vorangegangenen Generation in offenen Gesprächen sucht. In diesem Zusammenhang schlagen wir beiden Regierungen vor, dass sie sich noch mehr darum bemühen, Institutionen zu fördern bzw. zu schaffen, die diese Art der politischen Erinnerungsarbeit begünstigen.

Der südkoreanischen Regierung empfehlen wir, das Bildungssystem, vor allem in Bezug auf den Geschichtsunterricht, so umzugestalten, dass kritische Debatten zu kontroversen Themen und Fragen befördert werden. Damit soll langfristig das Interesse an diesen Fragen aufrechterhalten und ein gewisser Konsens in der Perspektive auf die Geschichte ermöglicht werden, der auf der Verurteilung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und der Bewahrung universaler Werte wie den Menschenrechten fußt. In diesem Zusammenhang schlagen wir weiter vor, rechtliche Reformen umzusetzen, wodurch Opfer geschützt und Lehren aus der Geschichte kodifiziert werden.

Wir erkennen die schwierige Aufgabe der Diplomatie an. Der deutschen Regierung empfehlen wir dennoch, eine Außenpolitik mehr nach moralischen Werten als nach diplomatischem Pragmatismus zu verfolgen, was z.B. heißt, dass man auch dann eine klare Position gegenüber historischen Verbrechen vertritt, wenn dies möglicher Weise die Kritik von Regierungen anderer Länder nach sich ziehen könnte. Schließlich legen wir der deutschen Regierung nahe,

der öffentlichen Erinnerung an die DDR-Diktatur sowohl in Schulkurrikula als auch im alltäglichen Leben eine größere Rolle zukommen zu lassen.

4. 과거사 기억과 정리

독재의 역사에 대한 기억에 대한 관심이 꾸준히 줄어들고 있는 가운데, 기억의 집단 서사에서 특정 집단의 이야기는 배제되고 있다는 문제점을 확인할 수 있었다.

우리에게는 기억해야 하는 의무 뿐만 아니라, 기억할 수 있고 기억될 수 있는 권리가 있다는 점을 이해하는 것이 중요하다. 따라서 우리는 열린 대화로 이전 세대와 적극적인 교류를 시도하는 것과 같이, 젊은 세대 스스로가 과거 진상을 밝히는 권리를 행사하기를 장려한다. 이와 관련해서 이같은 종류의 정치적 기억에 대한 촉진을 위해 추가적으로 지원하고 제도화 할 것을 두 정부에게 권고한다.

한국의 정부에게는 특히 역사 수업에 관해서 교육제도를 개혁해서 논쟁적 주제와 문제에 관한 비판적 토론을 촉진할 것을 권장한다. 이로써 장기적으로 역사 문제에 대한 관심이 유지되고 인도에 반하는 죄를 규탄하고 인권과 같은 보편적 가치를 보존하는 역사인식에 관한 공감대형성이 가능해지기 때문이다. 이를 통해서 희생자들을 보호하고 역사에 대한 교훈을 얻을 수 있도록 법제화하는 것도 필요하다.

독일 정부는 외교정책에 있어 실용주의적 접근보다 도덕적 가치를 추구할 것으로 촉구한다. 타국의 비판을 받더라도 역사적 범죄에 대한 분명한 입장을 밝힐 것을 권장한다. 그 밖에 교육과정의 강화로써 일상생활에서도 동독의 독재에 대한 공적 기억의 확산의 필요성을 강조한다.

5. Chancengleichheit

Nach Offenheit strebende Gesellschaften wie Südkorea und Deutschland sollten ihren Mitgliedern gleiche Chancen und Rechte in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Soziales garantieren. Zum Erreichen dieses Ziels haben wir Handlungsbedarf in der Schulbildung sowie in der beruflichen und gesellschaftlichen Teilhabe identifiziert.

In der politischen Bildung koreanischer Schüler:innen sollte der Fokus auf der Vorstellung des „Global Citizen“ liegen; deutschen Schüler:innen sollte Multikulturalität vorurteilsfrei vermittelt werden. In beiden Ländern ist es notwendig, die Festlegung auf geschlechtsspezifische Rollenvorstellungen durch vermehrte Darstellung von Diversität im medialen Kontext aufzuheben.

Damit einzig die Qualifikationen über die Vergabe eines Arbeitsplatzes entscheiden, empfehlen wir, einen anonymisierten Bewerbungsprozess zu etablieren. Da die Besetzung von Spitzenpositionen allerdings stark von informellen Faktoren abhängt, sollte hier bis zu einer paritätischen Besetzung zusätzlich auf das Werkzeug der Frauenquote zurückgegriffen werden. Zudem fordern wir eine verpflichtende Elternzeit mit einer gesicherten Rückkehr in den Beruf. Durch die daraus folgende Normalisierung einer Elternzeit für beide Geschlechter werden veraltete Rollenvorstellungen abgebaut.

Auf gesellschaftlicher Ebene muss sichergestellt werden, dass durch die Beanspruchung der Elternzeit keine finanziellen Nachteile entstehen. Der Staat sollte dies mit entsprechenden Leistungen und einem Beitrag zur Rente garantieren. In der Öffnung des Militärdienstes für Frauen sehen wir eine Chance für Südkorea, die Gleichberechtigung zu stärken.

5. 기회균등

한국과 독일처럼 열린 사회를 추구하는 사회는 구성원들에게 교육, 경제, 사회 참여의 분야에서 동일한 기회와 권리를 보장해야한다. 우리는 학교 교육, 직업과 사회 참여의 분야에서 변화의 필요성을 확인했다.

한국 학생들의 시민 교육은 세계 시민의 개념에 집중해야 하며 독일 학생들은 편견이 없는 태도로 다문화주의를 학습해야한다. 미디어에서 다양성이 증가된 표현을 통하여 전통적인 성 역할의 극복이 필요하다.

오직 개인의 능력을 바탕으로 채용 결정이 이루어질 수 있도록 익명 지원절차를 도입할 것을 권고한다. 고위직 인사의 경우는 공식적이지 않은 요소에 강하게 의존하기

때문에 평등한 구성이 이루어질 때까지 여성할당제를 하나의 방법으로 활용해야한다. 더욱이 육아휴직 후 이전과 같은 조건으로 복직이 가능할 수 있도록 하는 의무화 이행이 요구된다. 양성 모두의 육아휴직 정규화를 통하여 오래된 성 역할이 극복될 수 있다.

사회적 측면에서는 육아휴직에 따른 경제적 불이익을 없애야 한다. 정부는 연금의 공정한 책정과 분배를 통하여 이를 보장해야한다. 여성의 병역 참여를 허용하여 한국의 평등을 강화할 기회를 찾을 수 있다.